

## Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 6. November.

Präsident Dr. Simson eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 15 Minuten mit geschäftlichen Mittheilungen.

Abg. v. Mallinkrodt begründet folgende Interpellation: In der Sitzung vom 31. Mai hat der Reichstag beschlossen, eine Reihe von Petitionen in Bezug auf die Vergütungen für die während des Krieges gegen Frankreich von den Gemeinden gestellten Fuhrwerke dem Reichskanzler mit dem Antrage zu überweisen: 1) den Petenten für die Fuhrwerke eine Vergütung aus der Bundeskasse zu gewähren, welche den für gewöhnliche Zeiten örtlichen Preisen entspricht; 2) die Lücke, welche das Gesetz vom 11. Mai 1850 hinsichtlich des Maßstabes der Vergütung für die auf unbestimmte oder auf längere Zeitdauer requirirten Fuhrwerke enthält, im Wege der Gesetzgebung zu beseitigen. Interpellant beehrt sich den Reichskanzler um Mittheilung über die Lage, in welcher die Angelegenheit sich zur Zeit befindet, zu ersuchen.

Minister Delbrück: Aus Veranlassung des in der Interpellation erwähnten, in der letzten Session vom Hause beschlossenen Antrages unter I. hat der Bundesrath beschlossen, den Reichskanzler zu ersuchen, die örtlichen Preise für Fuhrwerke in denjenigen Gegenden zu ermitteln, in welchen Fuhrwerke während des letzten Krieges auf unbestimmte Dauer requirirt worden waren und dem Bundesrath von dieser Ermittlung Kenntniß zu geben. In Veranlassung dieses Beschlusses, welcher, wie ich ausdrücklich bemerke, sich nur beziehen konnte auf die zu dem vormaligen norddeutschen Bunde gehörigen Staaten, sind die betreffenden Regierungen zu dieser Ermittlung ersucht worden, und gerade heute ist erst eine der wichtigsten Antworten eingegangen. Es wird nunmehr unverzüglich die Sache selbst zur Beschlussnahme des Bundesraths gestellt werden. Die Befragnisse, welche nach einer Bemerkung des Interpellanten in den Kreisen der Betheiligten sich aus dem Mangel einer bisherigen Entscheidung herleiten, sind also, wie er aus dem tatsächlichen Umstande ersehen haben wird, unbegründet. Was den zweiten Punkt, die legislative Frage, anlangt, so wird diese sofort ins Auge gefaßt werden, sobald diese zunächst vorliegende praktische Frage ihre Erledigung gefunden hat. — Der Gegenstand ist erledigt.

Abg. Kryger (Hadersleben) protestirt ausdrücklich und ausführlich dagegen, daß sein Name unter den Antrag Laster gestellt worden; er sei kein Deutscher, er sei Däne und habe keinen Antrag; er möchte am liebsten recht bald aus der Fremdherrschaft heraus und dgl. mehr.

Erste und zweite Verathung des Entwurfes wegen Einführung des Unterstützungswohnstättengesetzes in Württemberg und Baden.

In der Generaldebatte scheidet Abg. Schmidt (Württemberg) in dem Gesetze, den jetzigen Zuständen gegenüber, einen erheblichen Fortschritt und spricht offen aus, daß sich die württembergische Regierung mit dieser Vorlage ein Verdienst erworben hat.

Abg. Mohl hält die Vorlage in ihren Einzelheiten für wenig ersprießlich für das Land Württemberg; er fürchtet das Aufstehen eines Verbrecherproletariats und spricht sich in ausführlichsten Motivirungen dahin aus, daß das Gesetz bereits in kurzer Zeit werde revidirt werden müssen. Das jetzt schon zu erwägen, sei man den Süddeutschen Staaten schuldig. Daher müsse man die Vorlage an eine Kommission verweisen.

Abg. Hölder hält die Verweisung an eine Kommission für unnöthig. Zwei Jahre mögen eine kurze Frist für Erwerbung des Wohnstättes sein, aber das Gesetz beruhe auf wichtiger Grundlage und beseitige unnatürliche, verrottete Zustände. Es sei ein Gebot der Gerechtigkeit, daß die Gemeinde, in der ein Mann Jahre lang gearbeitet und gewirkt hat, diesen Mann auch event. unterstütze. Ein ähnliches Gesetz sei in der württembergischen Kammer vorgelegt worden, sei aber absichtlich in der Kommission stecken geblieben und dort begraben worden. Die Vorlage, dabei bleibt Redner, werde segensreich wirken.

Abg. Blum glaubt die Anschauungen des Abg. Mohl nicht anders als die Anschauungen eines Armenkonstablers bezeichnen zu können. Er (Redner) könne diese Vorlage nur mit Freuden begrüßen und konstatiren, daß man im Großherzogthum Baden ein Gleiches thun werde.

Damit ist die erste Verathung geschlossen, in der jegliche darauf folgenden zweiten Verathung nimmt Niemand das Wort, das Gesetz wird mit großer Majorität angenommen.

Es folgt die Verathung des Antrags Bonin, welcher lautet:

Der Reichstag wolle beschließen: Nach erfolgter Genehmigung der Gesetzentwürfe, betreffend die Einführung des Gesetzes des norddeutschen Bundes vom

6. Juni 1870 über den Unterstützungs-Wohnstätt in Württemberg und Baden, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen: 1) durch Vermittelung bei den Bundesregierungen feststellen zu lassen, ob die sowohl nach dem Gesetze über den Unterstützungswohnstätt vom 6. Juni 1870, als nach dem Gesetze über die Freizügigkeit vom 1. November 1867 unerläßliche Feststellung des Personenstandes der Bundesangehörigen geregelt und sicher gestellt ist, und 2) wenn sich ergeben sollte, daß dies nicht in vollem Umfange der Fall ist, die durchgreifende und gleichmäßige Regelung dieser Angelegenheit im Wege der Reichsgesetzgebung herbeizuführen.

Abg. Mallinkrodt konstatirt, daß nie ein Antrag unerwarteter ins Haus gekommen ist, als der vorliegende. Der berührte Gegenstand wurzle, was seine Wichtigkeit angehe, auf ganz anderem Gebiete als wo der Antragsteller anklopft. Der Kern des Antrages sei das Civilstandsregister mit allem was dazu gehört.

Abg. Braun (Gera): Nicht der Kern des Antrages ist das Civilstands-Register, sondern er kann dieses zur Folge haben. Das sei aber kein Anlaß, sich dem Antrage zu widersetzen.

Abg. v. Mallinkrodt will sich auch nicht der Nr. 1 widersetzen; aber er will nicht einen Finger geben, damit man dann die ganze Hand erfasse.

Die Diskussion ist geschlossen; der Antrag gelangt ungetrennt zur Abstimmung und Annahme.

Hieran schließt sich die dritte Lesung des Gesetzes, betreffend den Reichskriegsschatz, wie es vorgestern durch den Abg. v. Bodelschwingh amendirt worden ist.

Es handelt sich auch heute lediglich um den §. 2. („Bei eingetretener Verminderung des Bestandes von vierzig Millionen Thalern ist, bis zur Wiederherstellung desselben, der Reichskriegsschatz durch Zuführung 1) der aus andern als den im Reichshaushalts-Etat aufgeführten Bezugsquellen fließenden Einnahmen des Reichs und 2) im Uebrigen nach der darüber durch den Reichshaushalts-Etat zu treffenden Bestimmungen zu ergänzen.“)

Der vorgestern abgelehnte Antrag des Abgeordneten Grumbrecht, die Nr. 1 des §. 2 zu streichen, wird heute vom Abgeordneten Fries wieder aufgenommen.

Abg. Ewald: Ich kann schon den Kopf des §. 1 („Sobald der preussische Staatsschatz aufgehoben ist u. s. w.“) nicht billigen, denn wie kommt der Reichstag dazu, von einem einzelnen Landtage derartiges zu erwarten und zu verlangen? Aber nicht nur den Kopf, sondern das ganze Gesetz kann ich nicht billigen. Wenn ein reicher Mann sein Geld in einen Keller einperrt, so mag das unwirtschaftlich sein, aber die Zeit, in der das Eingeperrte in die Hände der Erben kommt und wieder lebendig und fruchtbar wird, läßt sich doch ungefähr absehn. Läßt sich aber bei einem Kriegsschatze irgendwie voraussehen, wann das Unfruchtbare fruchtbar werden wird? (Heiterkeit.) Ein Krieg kann beginnen nach zwei Tagen, wie im vorigen Jahr, nach zwei Jahren, nach zehn Jahren, oder der Frieden eines großen Landes kann fünfzig Jahre dauern, wie der Frieden des echten deutschen Bundes wirklich gedauert hat (Heiterkeit). Ein Kriegsschatz hat nur Sinn für einen kleinen Staat, der sich vor seinen Nachbarn fürchtet. Meine Herren, es ist gar nicht unnöthig, daß die Regierung, die den Kriegsschatz in der Hand hat, deshalb auch Lust hat, Krieg zu führen. Wie steht es denn mit den Kriegen Preußens seit 1740? Leider ist sowohl die preussische als allgemeine deutsche Politik durch die Schuld preussischer Historiker seit 20 bis 30 Jahren immer einseitiger dargestellt, ja entstellt oder verfälscht worden. Nun, meine Herren, behaupte ich, daß alle die vielen Kriege Preußens seit 1740 mit einer einzigen Ausnahme vermeidlich und daher ungerecht gewesen sind. (Oh! Unruhe.) Ja, meine Herren, ich habe diese Ansicht und stehe mit ihr nicht allein da. Diese Kriege waren deshalb so leicht möglich, weil der Kriegsschatz immer auf der Lauer lag. Also an diesem Kriegsschatz klebt das Blut vieler mörderischer Schlachten, die vermieden werden konnten, und noch etwas Anderes klebt an ihm, was die Geschichte ebenfalls bestätigen kann: nämlich der größte Theil der Schuld an der Verfeinerung, an der Verwüstung und schließlich an der Zerreißung Deutschlands. Hatten denn die übrigen deutschen Staaten, kleine und große, einen Kriegsschatz? Nein, sie hatten keinen! (Heiterkeit.) Selbst diejenigen Staaten, die während der letzten 40 Jahre die meiste Ursache hatten, sich einen Kriegsschatz zu halten, wie die Geschichte gezeigt hat, durch Preußens Sonderbestrebungen bedroht waren, selbst diese hatten keinen Kriegsschatz gesammelt. (Große Heiterkeit.) Was kommt am Ende, wenn ein Land, das einen Kriegsschatz hat, eine Niederlage erleidet. Sie selber, meine Herren, geben die Möglichkeit zu, daß das Reich eine Niederlage erleidet. Dann ver-

mehrt der Kriegsschatz nur die Beute des Feindes. (Stürmische Heiterkeit.) So war es im Alterthum, als die Könige ihre Kriegsschatze in herrlichen Gebäuden ansammelten in Niniveh und Babylon. (Gelächter.) Ich spreche ja nicht, um Sie zu überzeugen. Die Annahme des Gesetzes wird die Kriegslust in allen Staaten Europas steigern, wo man ebenfalls Kriegsschatze ansammeln muß. Das deutsche Reich ist nur eine Nachahmung des Reiches Bonaparte's in seinem Beginnen und Fortgang. Es wird uns immer gesagt: der Friede soll kommen, der Friede soll gesichert sein, und nun kommen solche alte preussische Institutionen! (Heiterkeit.) Noch Vieles hätte ich zu sagen, aber die Verständigen werden mich verstehen. Ich habe geredet.

Abg. Sonnemann: Der Staat braucht kein Geld, er braucht nur einen Krieg einzutreten; er braucht zum Kriegsführen nur Vorräthe und diese kann er sich mit seinen Kommunikationsmitteln ohne baar Geld verschaffen. Darum ist ein Kriegsschatz vollkommen überflüssig: der beste Kriegsschatz ist erstens wenig Schulden besitzen; zweitens die Einführung der Goldwährung, drittens Umgestaltung der preussischen Bank in eine deutsche Reichsbank.

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird abgelehnt.

Abg. Miquel vertheidigt die Ansichten der Majorität der Budgetkommission, deren Referent er bekanntlich in der zweiten Verathung gewesen. Es sei nicht richtig, wenn der Redner gesagt, es werde hier bloß eine mangelhafte Einrichtung auf das Reich übertragen, sei vollkommen freie Hand gelassen und die Majorität des Hauses wie auch schon die Kommission sei für die Begründung eines solchen Schatzes gewesen, weil sie denselben für geboten erachtete; die Differenzen, welche bestanden, waren nur in Betreff des Ergänzungsmodus vorhanden.

Die Generaldiskussion wird hierauf geschlossen. Bei der Generaldiskussion nimmt zu §. 1 der Abgeordnete Hausmann (Westphalenland) das Wort und erklärt sich gegen das Gesetz, bleibt aber im Hause und auf den Tribünen unverständlich.

Abg. Kryger (Hadersleben) verliest ein Schriftstück, in welchem er unter großer Unachtsamkeit des Hauses seine alten Forderungen auf Erfüllung des §. 5 des Prager Friedensvertrages wiederholt.

Abg. Fries (Weimar) spricht sich für die unveränderte Annahme des §. 1 aus. Abg. Hoyerbed habe bei der zweiten Verathung den Antrag gestellt, daß für die Verwendung des Kriegsschatzes zuvörderst die Genehmigung des Reichstages einzuholen sei. Mit dieser Forderung könne er sich nicht einverstanden erklären; denn der Kaiser, dem das Recht über die Mobilmachung definitiv zu bestimmen, zustehe, dem müsse auch das Recht eingeräumt werden, über die Verwendung des Kriegsschatzes, die ausschließlich zu Zwecken der Mobilmachung bestimmt sei, zu verfügen.

Die Diskussion wird geschlossen und §. 1 in der Fassung des Beschlusses der zweiten Lesung angenommen. Zu §. 2 nimmt bei Eröffnung der Diskussion das Wort der Bundes-Kommissar Staats-Minister Camphausen: Er bittet, ebenfalls wie vorgestern die Amendements, welche zu §. 2 gestellt waren, in der heutigen Verathung abzulehnen. Er halte auch heute alle seine früher abgegebenen Erklärungen aufrecht und erkläre in dem §. 2 des vorliegenden Gesetzes einen großen Fortschritt gegen das preussische Gesetz. Das wolle er noch besonders hervorheben, daß der Absatz 2 des §. 2 keine bloße Phrase sei und daß er bedeutungslos wäre. Es wird von allen Seiten auf eine locale Ausführung dieses Gesetzes gerechnet werden können. Es sei doch wahrlich bescheiden, daß in Zukunft nur diejenigen Einnahmen, welche sich unvorhergesehen aus der Staatsverwaltung ergeben, für den Staatsschatz in Anspruch genommen werden. Ich bitte um Annahme der Beschlüsse der zweiten Verathung.

Abg. v. Kardorff: Die Ablehnung oder Annahme des Amendements v. Bodelschwingh bedurfte in der That nicht so großer Beredsamkeit, wie dies von den Gegnern des Antrages bei der zweiten Verathung geschah. Nothwendig sei es, daß der preussische Staatsschatz aufgehoben werde. Er wende sich namentlich gegen die Ausführungen Laskers, namentlich gegen seine Aeußerung: man solle es mit der Drohung der Regierung, das Gesetz zurückzuziehen, wenn der §. 2 des Gesetzes nicht angenommen werde, nicht so ernst nehmen, wie man es zu thun scheine. Die Regierung hätte nicht anders handeln können, als nach Ablehnung des §. 2 die Vorlage zurückziehen; es würde das möglicherweise zu Konflikten geführt haben, welche zu vermeiden nur im Interesse des Reichstages und der Regierung liegen könne.

Abg. Dr. Hänel hält dafür, daß die Zuweisung von Bundes-Einnahmen an einen derartigen Fonds unkonstitutionell ist, und daß es gleichzeitig

unzulässig ist, von vornherein derartige Einnahmen im Prinzip zu solchen Zwecken zu verwenden. Auch Zweites ist seiner Zeit gegen dieses Prinzip in die Schranken getreten.

Abg. v. Bennigsen: Die von der Regierung festgehaltene Bestimmung besage weiter nichts, als daß unerwartete Einnahmen ab und zu in den Kriegsschatz fließen, wenn er eben ergänzt werden mußte. Das sei doch von ziemlich untergeordneter Bedeutung, und es sei nicht einzusehen, wie das Zustandekommen des Gesetzes davon abhängig gemacht werden konnte; aber eben, weil es von keiner Bedeutung sei und er gleichfalls wünsche, daß das Gesetz zu Stande komme, werde er für den §. 2 stimmen, wie derselbe aus der zweiten Verathung hervorgegangen sei.

Die Diskussion wird geschlossen.

In einer persönlichen Bemerkung wendet sich der Abg. Lasker gegen die Aeußerungen des Abg. v. Kardorff. Er habe die von demselben citirten Aussprüche gar nicht gethan.

Abg. v. Hoyerbed erklärt, daß diese Aeußerungen zum Theil von ihm ausgegangen seien.

Bei der Abstimmung wird der §. 3 in der Fassung des Beschlusses der zweiten Lesung angenommen, dagegen ein Antrag des Abg. Fries, das Al. 1 dieses Paragraphen, welches lautet: „Die Verwaltung des Reichskriegsschatzes wird dem Reichskanzler übertragen, welcher dieselbe nach den darüber mit Zustimmung des Bundesrathes ergehenden Anordnungen des Kaisers unter Kontrolle der Reichsschulden-Kommission zu führen hat“ — zu streichen, in namentlicher Abstimmung mit 170 gegen 121 Stimmen abgelehnt. Schließlich wird das ganze Gesetz in der Fassung der zweiten Lesung mit sehr großer Majorität angenommen und die Sitzung um 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung heute 12 Uhr.

## Deutschland.

Berlin, 6. November. Aus Anlaß des bereits erwähnten Vorkommens falscher 25 Thaler-Darlehnskassenscheine hat die Hauptverwaltung der Staatsschulden in Gemeinschaft mit dem Hauptbankdirektorium dem Reichskanzler den Vorschlag gemacht, die Darlehnskassenscheine im Betrag von 25 Thlr. sofort einzuziehen und die Einlösung nur einer Kasse zu übertragen. Wie verlautet, wird nicht nur dieser Vorschlag ausgeführt werden, sondern es dürfte überhaupt die Einziehung sämtlicher Darlehnskassenscheine verfügt werden. In letzterer Beziehung bestimmt das Bundesgesetz vom 21. Juli 1870 in §. 18 Folgendes: „Sobald das Bedürfnis zur Fortdauer einer Darlehnskasse nicht mehr besteht, hat der Bundeskanzler deren Auflösung zu verfügen und öffentlich bekannt zu machen. Nach Erfüllung des Zwecks der Darlehnskassen, spätestens in drei Jahren, sollen alle Darlehnskassenscheine wieder eingezogen werden. Da sämtliche Darlehnskassen bereits geschlossen sind und demnach von der Regierung ihr Zweck als erfüllt angesehen wird, so unterliegt es hiernach keinem Zweifel, daß die Regierung auch die gesetzliche Befugniß hat, alle Darlehnskassenscheine einzuziehen.“

Wie schon gemeldet, ist die Münzvorlage vorgestern vom Bundesrath im Plenum genehmigt worden. §. 6 lautet in der schließlich vom Ausschusse angenommenen Fassung: „Bis zum Erlaß eines Gesetzes über die Einziehung der groben Silbermünzen der Thalerwährung und der süddeutschen Währung erfolgt die Ausprägung der Goldmünzen auf Kosten des Reiches für sämtliche Bundesstaaten auf den Münzstätten derjenigen Bundesstaaten, welche sich dazu bereit erklärt haben. Der Reichskanzler bestimmt unter Zustimmung des Bundesrathes die in Gold auszumünzenden Beträge, die Vertheilung dieser Beträge auf die einzelnen Münzgattungen und auf die einzelnen Münzstätten und die in den letzteren für die Prägung jeder einzelnen Münzgattung gleichmäßig zu gewährende Vergütung. Er versteht die Münzstätten mit dem Golde, welches für die ihnen überwiesenen Ausprägungen erforderlich ist.“ In §. 7 lautet der erste Satz: „Das Verfahren bei Ausprägung der Reichs-Goldmünzen wird vom Bundesrath festgesetzt und unterliegt die Beaufsichtigung von Seiten des Reiches.“

Ueber diese Beschlüsse wird der „Köln. Ztg.“ von hier geschrieben: „Die von Preußen schließlich vorgeschlagene Aenderung hat in so fern eine materielle Tragweite, als die Partikular- oder Landesmünze dadurch einigermaßen eingeschränkt erscheint. Das Reich soll nämlich die Kosten der Prägung derjenigen Stücke tragen, die von den Einzelstaaten gemünzt werden, so daß diese gleichsam die Prägung im Auftrage des Reiches bewirken würden. Die Mittelstaaten sind darauf eingegangen, augenscheinlich deswegen, damit Preußen nicht mehr geradezu majorisirt vor dem Reichstage erscheint, sondern seine eigenen nachträglichen Anträge zu vertreten habe. Die Mit-



telstaaten hoffen dadurch den Kern der Sache, nämlich die Partikularmünze, in ihrem Sinne zu erhalten. Ob der Reichstag darauf eingehen wird, ist trotz dem fraglich, zumal jeder Einzelstaat nach wie vor für die Einziehung der verschlechterten Münzen Vorseorge treffen muß, was Preußen, wie schon früher ausgeführt, in erster Linie benachteiligen würde.“

**Indwigsburg, 5. November.** Der Kaiser traf heute Nachmittag gegen 3 Uhr hier ein und wurde am Bahnhofe vom Großherzoge empfangen. Vor dem Bahnhofe war das erste mecklenburgische Dragoner-Regiment aufgestellt. Nach einem Aufenthalte von 10 Minuten wurde die Fahrt nach Schwerin fortgesetzt.

**Schwerin, 5. November.** Der Kaiser ist heute Nachmittag hier eingetroffen und auf dem Bahnhofe von der Großherzoglichen Familie empfangen und in das Schloß geleitet worden. Eine zahlreiche Volksmenge begrüßte den Kaiser mit jubelnden Zurufen. Die Stadt ist festlich geschmückt; heute Abend findet Festvorstellung im Theater und hierauf Fackelzug statt. Morgen Abend wird die Stadt illuminiert.

**Schwerin, 6. November.** Nach der gestrigen Festvorstellung im Hoftheater fand ein glänzender Fackelzug statt. Der Vorsitzende des Bürger-Ausschusses, Advokat Wehrmeyer, brachte ein Hoch auf den Kaiser aus, welches er mit folgenden Worten einleitete: „Dem erhabenen Gaste unseres allverehrten und geliebten Großherzogs, Seiner Majestät dem deutschen Kaiser, König Wilhelm von Preußen, dem glorreichen Wiederhersteller des deutschen Reiches, dem ruhmwürdigen Fürsten, der in dem neubegründeten Reiche mit mächtigem Arm den Frieden wahr, der mit hoher Weisheit und Festigkeit das Recht schirmt, die Gerechtigkeit und Wohlfahrt unseres Volkes fördert, Sr. Majestät nahen in Liebe und Treue, womit sie sich Kaiser und Reich verbunden wissen, die Einwohner Schwerins, um den Gefühlen ihrer tiefsten Ehrfurcht und ihrer Bewunderung der zum Ruhm und Heile Deutschlands von Sr. Majestät vollbrachten Großthaten durch ein dreifach begeistertes Hoch Ausdruck zu geben. Se. Majestät Kaiser Wilhelm lebe hoch! hoch! hoch!“ Senator Boff begab sich an der Spitze einer Deputation in das Schloß und hielt folgende Ansprache an den Kaiser: „Die Freude der Einwohner unserer Stadt, Ew. Majestät nach der durchlebten großen aber auch schweren Zeit in voller Kraft und Gesundheit hier zu sehen und die Gefühle tiefer Ehrfurcht, denen wir soeben in einem begeisterten Hoch Ausdruck verliehen, sind um so aufrichtiger und wahrer, als wir wissen, daß sie in dem Herzen unseres allgeliebten Landesherren den vollsten Widerhall finden. Namens der Stadt bitten wir, Ew. Majestät wollen die dargebrachten Huldigungen gnädigst aufnehmen.“

**Leipzig, 5. November.** Das hiesige „Tageblatt“ meldet: Zuverlässiger Mitteilung zufolge ist der Konkurs gegen die sächsische Hypothekenbank eröffnet worden; zu Rechtsbeziehungswise Gütervertretern sind die Advokaten Konrad Hoffmann und Dr. Erdmann bestellt worden. Die Passiva sollen sich auf 7,800,000 Thlr. belaufen. Man hofft, daß bei Ausschüttung der Masse noch 38 pCt. gerettet werden.

**Chemnitz, 3. November.** In Bezug auf den Streik wird gemeldet, daß die „sächsische Maschinenfabrik“ durch Anschlag an den Thoren der Fabrik bekannt gegeben hat, daß morgen Sonnabend die Auslösung der rückständigen Löhne gegen Auslieferung der Fabrikordnungen, Werkzeugkastenschlüssel und Feuerwehrequittungen erfolgt, sowie daß alle diejenigen Arbeiter, welche die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen, bez. sich gemeldet haben, als abgegangen betrachtet werden. Wie das „Ch. Tg.“ hört, soll letztere Maßregel bereits viele Arbeiter veranlaßt haben, die Arbeit wieder aufzunehmen.

**München, 6. November.** Die gestern in Kiefersfelden abgehaltene Versammlung von Altkatholiken war von etwa 1500 Personen aus Kiefersfelden und Umgegend besucht. Von München war Professor Friedrich und Dr. Ziergiebl anwesend. Die Versammlung verlief ohne jede Störung. Vormittags hielt der exkommunizierte Pfarrer Gottesdienst, welcher sehr zahlreich besucht war und ohne jede Erwähnung der stattgefundenen Exkommunikation in gewohnter Weise vor sich ging. — Gleichzeitig mit der Versammlung der Altkatholiken fand in dem benachbarten Dorfe Oberaudorf eine Bauernversammlung statt, die jedoch nur spärlich besucht war.

#### Ausland.

**Wien, 4. November.** Der vom Freiherrn von Kellersperg ausgearbeitete Programm-Entwurf ist gestern vom Kaiser gebilligt worden und steht demnach dem sofortigen Beginne der neuen Aktion nichts mehr im Wege. Die neue Regierung wird vor Allem regieren, eine gewisse Stabilität in die österreichischen Reichsstände hineinbringen und daher die Verfassung möglichst konsolidieren, ehe an deren Weiterentwicklung gedacht werden kann. Gut wird man thun, die liberalen Anforderungen an dieses Kabinett, soweit sie über das schon Errungene hinausgehen, zu mäßigen. Die neue Regierung wird zunächst einen legalen Reichsrath zu Stande zu bringen suchen. Die Auflösung sämtlicher Landtage würde sich schon darum empfehlen, weil damit der Schein derselben Parteilichkeit, welche vom Ministerium Hohenwart geübt wurde, verdrängt würde, gleichwohl sollen für jetzt nur der österr., der böhmische, der oberösterreichische und

der Krainer Landtag aufgelöst werden, da die Stände drängen und Herr v. Holgethan Geld und die Bewilligung des Budgets braucht. Die vier genannten Landtage müssen aber unter allen Umständen aufgelöst werden, da deren Legalität mit Recht von der Verfassungspartei bestritten wird. Im nächsten Jahre sollen dann allgemeine Neuwahlen stattfinden und rechnet man dann mit Bestimmtheit auf die Bildung einer kompakten parlamentarischen Majorität, da bisher noch einmal die Reichsrathswahlen unter dem schweren Drucke verfassungsfeindlicher Ministerien stattgefunden haben. In seinem Programm stellt Herr von Kellersperg u. a. die Forderung auf, daß durch alle ultramontanen Hoffnungen in Strich gemacht werde. Es ist daher begreiflich, daß die Klerikalen das Ministerium Kellersperg schon anfeinden, ehe es noch seine Wirksamkeit begonnen hat. Selbstverständlich kann dies bei der Verfassungspartei ihm nur als eine Empfehlung dienen und die Klerikalen sowie die Feudalen erweisen daher dem neuen Kabinett, indem sie es bekämpfen, einen nicht zu unterschätzenden Dienst.

**Wien, 6. November.** Die „Presse“ meldet: Heute Mittag um 1 Uhr fand unter Vorsitz des Kaisers und in Gegenwart des Reichskanzlers Grafen Beust eine Ministerrathssitzung statt, in welcher Freiherr von Kellersperg sein Regierungsprogramm vorlegte. Auch Maßregeln betreffend Böhmens kamen zur Verhandlung.

**Paris, 3. November.** Die Infahrt des Prinzen Napoleon nach Korsika hat der bonapartistischen Propaganda unberechenbaren Schaden zugefügt: denn sie bietet den republikanischen Blättern Gelegenheit, eine Sache lächerlich zu machen, die sich unlängst noch ziemlich ernst anhief. „Der Prinz ging nach Korsika, um eine Rede zu halten“, spottet der „Temps“; „da der Verlauf der Dinge im Generalrathe jedoch nicht nach Wunsch ausfiel, so hielt er die Rede nicht, mochte sie aber doch nicht umsonst gemacht haben und schickte sie deshalb mehreren Blättern zur Veröffentlichung ein. Das Stück ist weiß sehr schärflich als fürchterlich. Wie der Prinz nur wagen mag, den Spaß einer Charade mit drei Worten, des Plebiszits mit drei Antworten aufzuführen! Um antworten zu können, müßte das französische Volk doch befragt werden. Aber wer sollte es in dieser Weise befragen? Die jetzige National-Versammlung sicherlich nicht, sie, welche mit den Vollmachten des Volkes versehen, einstimmig weniger fünf Korven die Abjehung der Dynastie von Sedan ausgesprochen hat. Eine künftige eben so wenig, denn wenn es zu Frankreichs Unheil eine bonapartistische wäre, so würde sie die Frage auf napoleonische Weise zwischen den Bonaparte und dem Nichts stellen, und wenn es eine nicht bonapartistische wäre, so würde sie, wenn sie zu der Komödie des Plebiszits greifen wollte, die Frage so stellen, daß die Bonaparte ausgeschlossen wären. Und wenn der Prinz Napoleon selbst wie durch ein Wunder in die Lage käme, die provisorische Regierung zu bilden, um das Volk zu befragen, würde er die Frage nicht so stellen, daß kein anderes Regime als das seinige daraus hervorginge? ... Nein, die Plebiszite sind nur im napoleonischen Systeme gut, und in dieser Form können sie wie am 2. Dezember dazu dienen, zeitweilig Staatsstreiche zu bestätigen, Usurpationen eine Weiße zu ertheilen, deren Wirkung notwendig mit der Generation zu Grabe geht, welche der betrogene oder mitschuldige Theil dabei war. Sie können auch dazu dienen, wie 1870, das Volk zu täuschen und ihm vorzuspiegeln, es besitze den Frieden, wenn man ihm die Schilde führt, es in einen Krieg zu stürzen. Die Bonaparte haben das Plebiszit nötig, um zu täuschen oder in Sicherheit zu wiegen; aber um dasselbe ins Werk zu setzen, müssen sie vorher erst die Gewalt usurpirt haben. Sie sind daher zu der vorherigen Konspiration verdammt, können erst nach einer gelungenen Verschwörung zum Plebiszit greifen, und in diesem Falle machen sie es wie bei dem 2. Dezember, und nicht in der albern Weise, die sie, um ihrer Sache aufzuhelfen, erfunden haben. Ueber den apologetischen Theil des neuen napoleonischen Manifestes ist kein Wort zu verlieren, es ist immer die nämliche Sophisterei, die den gesunden Menschenverstand empört und die darin besteht, dem 4. September die Verantwortlichkeit des Kaiserthums aufzubürden.“

— Bekanntlich ist es dem kommunistischen General Okolowicz gelungen, aus dem Gefängnisse von Satory zu entkommen. Sein Bruder, Edmond Okolowicz, war ihm dabei behilflich. Derselbe hatte sich nämlich in der Uniform eines Offiziers der Armee im Gefängnisse eingestellt und war bis zur Zelle seines Bruders gedrungen, mit dem er dann — er hatte ihm den Arm gegeben — fortging, ohne daß die Kerkermeister die Sache bemerkten. Edmond Okolowicz wurde in Folge dessen heute Nacht verhaftet. Der General ist aber spurlos verschwunden.

— Ich muß nochmals auf den bereits besprochenen Artikel der „Berliner Provinzial-Korrespondenz“ zurückkommen, der heute auch die Provinzialblätter zu äußerst heftigen Antworten veranlaßt. Man möchte denken glauben, daß mit diesem Artikel nur eine „Fählung“ versucht werden sollte; eine andere Erklärung ist wirklich nicht möglich. Es kann nicht genug wiederholt werden, daß alles Entgegenkommen von unserer Seite nicht allein erfolglos ist, sondern die Lage geradezu verschlimmert. Die Franzosen sehen darin nur Hohn oder Schwäche und das Eine wie

das Andere erbittert sie noch mehr. Daß die deutsche Regierung bemüht ist, der französischen Regierung die Ausführung der Friedensbedingungen möglichst zu erleichtern, erheischt unser wohlverstandenes Interesse; aber Anerkennung oder gar Dankbarkeit dürfen wir nicht erwarten.

— Der Finanzminister hat gestern in der Sitzung der permanenten Kommission bestätigt, daß die Regierung das Comptoir d'Escompte ermächtigt hat, Villet zu 5 Frs. im Betrage von 10 Millionen auszugeben. Herr Pouyer-Quertier hat den Deputirten weiter mitgetheilt, daß er bei seiner Anwesenheit in Berlin vom Kaiser Wilhelm die Freilassung der meisten noch in Deutschland gefangenen Militär- und Civilsträflinge erlangt habe. Wenn einige Zeitungen erzählen, das Zurückhalten dieser Sträflinge sei die Ursache, weshalb Herr Thiers zögere, einen Botschafter in Berlin zu ernennen, so ist es natürlich ohne jede Begründung. Uebrigens bringt heute der „Soir“ eine durchaus korrekte Darstellung der diplomatischen Lage; das gewöhnlich gut unterrichtete Blatt erklärt, daß sich der Präsident mit der Wahl des Botschafters eifrig beschäftigt, so daß man wohl auf eine baldige Erledigung dieser Angelegenheit rechnen kann.

**Paris, 6. November.** Die Bank beschloß 200 Millionen Gold auf den Markt zu bringen.

**Versailles, 4. November.** Die Regierung ist fortwährend eifrig bemüht, ihre Sorge für die Armee ins hellste Licht zu stellen und sie bedroht heute im amtlichen Blatte diejenigen Zeitungen mit Ausnahmemaßregeln, welche ihre Verdächtigungen auf diesem Gebiete fortsetzen würden. Der ziemlich lange Artikel giebt zuerst Einzelheiten über die vollkommen geordnete vortreffliche Verpflegung der Truppen und rechtfertigt dann besonders deren Unterbringung in Baracken, statt in Kasernen. Er sagt darüber:

Die Regierung mußte das Land beruhigen, indem sie die Armee ganz beisammen behielt, welche die Kommune durch eine der schwierigsten Kriegsoperationen, die seit langer Zeit ausgeführt worden, zermalmt hatte. Diese Armee, ein Muster an Disziplin, gutem Geist und Kraft, war vortrefflich, um den Parteien gezeigt zu werden, damit diese wüßten, über welche Kräfte die Sache der Ordnung verfüge, und auch für Europa hatte ihre Existenz etwas Gutes, weil letzteres einen Augenblick hatte glauben können, daß alle unsere Armeen aufgelöst waren und sich im Zustande völliger Desorganisation befanden. Es gab außerdem noch einen und zwar ebenso maßgebenden Grund als die vorgehenden, um diese große Truppenvereinigung aufrecht zu erhalten. Damit die Frage der Reorganisation der Armee vollständig studirt werden könne, mußte man vermittelst eines Experiments im Großen sich darüber versichern, ob die permanenten Formationen, welche der preussischen Armee eine so große Schlagfertigkeit verleihen, in Frankreich bei so ganz verschiedenen sozialen Zuständen gleichfalls durchführbar wären. Aus diesen verschiedenen Gründen mußte die Armee von Paris bis auf Weiteres beisammen bleiben. Aber die Kasernen von Paris und der umliegenden Gemeinden genügten nicht zu ihrer Aufnahme und so mußte man ein Drittel des Effectivstandes in Baracken unterbringen, da die Zelte nicht hinlänglich vor Kälte und Regen schützten.“

Es folgt darauf eine eingehende Beschreibung dieser Baracken, für welche bereits 5000 Defen bestimmt worden sind. Man drucke jetzt, so wird weiter berichtet, eine Militär-Bibliothek von 50 sorgsam ausgewählten Bänden und jedes Regiment werde 5 Exemplare jedes Werks daraus, sowie eine Sammlung schöner Karten erhalten. Für die Soldaten habe man gedeckte Fecht- und Turn-Säle errichtet. Am Schluß heißt es:

„Das sind Thatfachen, die durchaus der Wahrheit entsprechen. Im Uebrigen wiederholen wir, daß man die Entstellung derselben nicht gestatten kann und daß die Regierung, welche sich behufs ihrer Verteidigung noch niemals der Befugnisse bediente, welche der Belagerungszustand ihr ertheilt, zu demselben greifen wird, wenn man sie dazu zwingt, um zu verhindern, daß über einen so ernsten Gegenstand der Nation schmachlich hintergangen werde.“

**Versailles, 6. November.** Die Begnadigungskommission wird Freitag zu einer Sitzung zusammentreten. — Die Verhandlungen mit England wegen Abänderungen des Handelsvertrages nehmen, wie die „Agence Havas“ erfährt, einen günstigen Verlauf.

**Rom, 6. November.** Der Papst ist schwer erkrankt. Die Kardinäle fürchten die Einmischung Deutschlands bei der Papstwahl. — Pius gründete im Vatikan eine Universität.

**London, 4. November.** Thiers ließ hierher seine Vorschläge betreffs Revision des englisch-französischen Handelsvertrages gelangen. Darnach sollen Kohlen und Eisenbahn-Material auf dem bisherigen Fuße in Frankreich zugelassen werden, dagegen Baumwolle, Leinen, rohe Wolle, Webe- und Wirtwaaren, ferner Spirituosen und Bier einen Zuschlag von 20 pCt. zahlen.

**Tragujewacz, 6. November.** Die Stutschina wurde gestern durch die Regentchaft geschlossen.

#### Telegraphische Depeschen.

**Wien, 7. November.** Die Morgenblätter bringen das Gerücht, Beust habe wegen seines erschütternden Gesundheitszustandes demissionirt. Die „Neue

Presse“ nennt sogar Andrássy als den Nachfolger Beust's.

**Wien, 7. November.** Die „Alte und Neue Presse“ erwähnen des Gerüchts, Beust habe unter Hervorhebung seines erschütterten Gesundheitszustandes seine Entlassung erbeten. Die „Neue Presse“ will sogar wissen, Andrássy sei als Minister des Aeußern, Conpay als ungarischer Ministerpräsident in Aussicht genommen.

#### Provinzielles.

**Stettin, 7. November.** Der Präcentor an der hiesigen Schloßkirche, Herr A. Hart, beabsichtigt morgen Abend 7 Uhr in der Schloßkirche unter Mitwirkung des Königl. Musikdirectors Herrn Flügel, der Sängerin Fel. Schwenke, des Herrn P. Jacob, sowie eines Männerchors eine Lesepier zu veranstalten, deren Ertragsüberschuss für Zwecke eines Kirchenchores in genannter Kirche Verwendung finden soll.

— Nach einer Verfügung der königlichen Regierung vom 3. d. Mts. ist die königliche Schiffahrts-Kommission in Swinemünde angewiesen, die bisherigen sanitätspolizeilichen Kontrollen der aus Deutschen Ostseehäfen in Swinemünde eintommenden Schiffe sofort einzustellen.

— Dem Vernehmen nach wird beabsichtigt, die bisherige Bestimmung, wonach die Ernennung der Schulinpektoren durch die Bezirksregierung erfolgen soll und diese Inpektoren immer Geistliche des Bezirks sein sollen, dahin abzuändern, daß die Ernennung in die Hände des Oberpräsidenten gelegt wird, welchem es freistehen werde, die Inpektoren nach seiner Wahl aus dem Geistlichen- oder Lehrstande auszusuchen. Diese Inpektoren sollen dann auch aus Staatsmitteln besoldet werden.

— Der Major Frhr. v. Amelunxen, Chef des Generalstabes des 2. Armeekorps, ist in gleicher Eigenschaft zum General-Kommando des 1. Armeekorps versetzt worden.

— Von jetzt ab werden auch Drucksachen über 15 Loth bis 1 Pfund einschließlich zur Versendung unter Band mit der Briefpost zugelassen; das Porto beträgt 3 Sgr. ohne Unterschied der Entfernung und des Gewichts.

— Gestern wurde vor den Geschworenen noch eine Anklage wegen Wechselfälschung wider den früher hier und jetzt in Berlin wohnhaften Kaufmann H. Goldschmidt verhandelt. Er hatte auf einem von ihm per alt. Dezember 1870 acceptirten Wechsel über 75 Thlr. den Namen seines Bruders als Girant gesetzt und diesen später nicht rechtzeitig eingelöst. Der Thatsache geständig, behauptete der Angeklagte, von seinem Bruder dazu autorisirt gewesen zu sein. Letzterer, als Zeuge vorgeladen, aber nicht verurteilt, sagte aus, daß er zwar im Allgemeinen, aber nicht in diesem speziellen Falle seinem Bruder Erlaubniß gegeben, Wechsel auf ihn zu ziehen. Die Geschworenen erachteten den Angeklagten der einfachen Urkundenfälschung ohne gewinnstüchtige Absicht schuldig, und da diese nach dem alten Strafrecht, nach welchem hier noch geurtheilt werden mußte, straflos ist, erfolgte von Seiten des Gerichts Freisprechung des Angeklagten.

Die heutige Schwurgerichtssitzung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, weil es sich dabei um Verbrechen gegen die Sittlichkeit handelte, deren sich die zu Verdammnis resp. Gräuhoß wohnhaften Arbeiter Buhrow, Blunt, Lieberow und Zimmergerle Schuhmann schuldig gemacht haben sollten. Die Verhandlung endigte mit der Freisprechung der Angeklagten nachdem schon die Staatsanwaltschaft auf Stellung eines Strafantrages verzichtet hatte.

— Im Laufe des heutigen Vormittags wurden die Passagiere des Postdampfers „Humboldt“ mittelst des zur Bräunlich'schen Abzerei gehörigen Dampfers „Misdroy“ nach Swinemünde expedirt, von wo der „Humboldt“ heute Abend abgehen soll.

— Ein gestern gegen Abend auf dem Wollf'schen Grundstück an der Birkenallee entstandener Brand veranlaßte das Ausrücken der Feuerwehre. In der auf dem Grundstück befindlichen Küche waren die mit Holspänen ausgefüllten Bretterwände in Brand gerathen, in dessen Verlauf es den Bemühungen der Feuerwehre, den Brand, der leicht hätte erhebliche Ausdehnung gewinnen können, bald zu löschen.

— Ein hiesiger Handelsmann gewährte einem bereits vielfach bestraften Arbeiter zum Zwecke seines ferneren ehrsüchtigen Fortkommens wiederholt Beschäftigung. Die Neigung zu Verbrechen scheint bei diesem Menschen aber unüberwindlich zu sein, denn er beging neuerdings wieder dadurch einen Betrug, daß er eine ihm zum Transport nach einem Schiffe überwiesene Quantität Kartoffeln nach der Oberwieß dirgerte, sie dort verkaufte und einen Theil des Erlöses, 10 1/2 Thlr., in seinen Nutzen verwendete. Eine zweite Rate des Kaufgelbes von 9 Thlr. war glücklicher Weise noch nicht in seine Hände gerathen.

— In der Woche vom Sonnabend, den 28. bis Freitag, den 3. November incl., sind nach amtlichem Berichte gestorben 14 männliche und 18 weibliche, Summa 32. Todtgeborene 2 männliche, 0 weibliche, Summa 2. Davon waren 7 in dem Alter unter 1 Jahr, 15 von 1—5 Jahren, 1 von 6—10, 1 von 11—20, 1 von 21—30, 2 von 31—50, 5 von 51—70 Jahren, 0 über 70 Jahre. Gestorben sind an Lebensschwäche bald nach der Geburt 0, Abzehrung (Atrophie) der Kinder 3, Krämpfe und Krampfsymptomen der Kinder 5, Durchfall und Brechdurchfall der Kinder 0, Keuchhusten 2, Bräune und



Winterräben per 2000 Ffd. nach Qual. per Nov-  
ember 121 *Rl* bez. u. Gd.  
Rappfluchen loco per 100 Ffd. 2 *Rl* 13½ *Sr*. bez.  
Küßel höher bezahlt, loco per 200 Ffd. 28¾ *Rl* Dr.,  
per November 28⅙, ⅓ *Rl* bez., November-Dezember 28  
*Rl* Dr., April-Mai 28½ *Rl* Gd.  
Espiritus stille, per 100 Liter a 100 Prozent loco  
ohne Faß 22¼, 19¼ *Rl* bez., per November 22 *Rl*  
bez., November-Dezember, Dezember-Januar und Januar-  
Februar 21 *Rl* Dr., Festjahr 21½ *Rl* Dr.  
Petroleum loco 6½/12 *Rl* Br., per Dezember 6½/  
*Rl* Dr. u. Gd., Januar 6½ *Rl* Br.  
Angemeldet: 1000 Centner Weizen, 6000 Centner  
Roggen, 200 Faß Petroleum.  
Regulirungs-Preise: Weizen 79½ *Rl*, Roggen  
56½ *Rl*, Küßel 28½ *Rl*, *Rl*, Spiritus 22 *Rl*.

**Stettin**, 6 November. (Fonds- und Aktien-Börse.)  
 Stett. Stadt-Oblig. 4 96½ Br. Stett. Börsenh.-Obl. —  
 Stett. Schaupliedhaus-Oblig. —. Pomn. Schauffebeam-  
 Oblig. —. Ufedom-Wolliner Kreis-Oblig. —. Preuß.  
 Nat.-Vers.-Aktien 123 Br. Preuß. See-Asskur.-Komp.-  
 Aktien —. Pomerania —. Union —. Nordb. See- u.  
 Fluß-Vers.-Ges. —. Stett. Speicher-Akt. —. Ver.-Speicher-  
 Aktien —. Pomn. Prob.-Zuckerfabr.-Aktien 2000 Gd.  
 Neue Stett. Zuckerfab.-Aktien —. Weich. Zucker-Fabrik-  
 Anth. —. Walzmühlen-Aktien —. Stett. Portl.-Cem.-  
 Fabrik —. Cem. Mercur —. Stett. Dampf-Schlepp-Ges. —  
 —. Stett. Dampfschiff-Verein —. Neue Dampfer-Komp.  
 97½ Br. Balt. Lloyd 100 Gd. Germania 105 Br. Sul-  
 fan 192½ Br. Stett. Dampfmühlen-Ges. 98 Gd. Pome-  
 renensborfer Chem. Fabrik —. Chem. Fabrik-Antheil —.  
 Gemeinnützige Bau-Ges. —.

**Berlin**, 6. November. (Fonds- und Aktien-Börse.) Die Börse war auch heute theilweise matt, die Unterbrechung der Hauffe-Bewegung wirkt: an und für sich ungünstig.

**Bekanntmachung.**  
 Indem ich h.ermitt kundmache, daß ich

mein Abbeckeri-Gewerbe kraft meines Priv-  
 v.lli:gt nach wie vor betreibe, warne ich  
 davor mich in meinen Rechten zu verlegen,  
 da ich die Bethell gten unnachlässig zur  
 Verantwortung zu ziehen genöthigt wäre.  
 Zugleich sichere ich hierdurch demjenigen.

welcher mir einen oder den andern Fall,  
in welchem mir das mir zustehende Vieh  
erzogen worden, überzeugend nachweist,  
eine Belohnung von fünf Thalern zu.  
Stettin, 4. November 1871.  
**C. Koppen,**

**Scharfrichterei-Beſitzer,**  
**gr. Laſtabſte 43.**

---

**Brenſ.** (kauft jeden Poſten und zahlt  
pro 1/5 fl. pro 1/21 fl.)

**Lotterie-Loose** ( **Inbändler**, Berlin,  
Lantienstr. 85.

---

**Schriftliche Arbeiten aller Art, Klagen,  
Gesuche, Eingaben u. werden am fertigt bei M.  
Lichtenstein, Roßmarkt<sup>er</sup> 8.**



